Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 8 (1928-1929)

Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

innigen Freunden, reich an Güte und groß am Sichbescheiben war. So war er — gleich seinen Freunden — ein Lebenskünstler, dem gegensüber wir Heutigen mit all unserem Auswand an technischen Mitteln nur elende Stümper sind. Wo immer indessen das Besinnliche in uns erswacht, wo Glück und Leid nach Ausdruck ringen, da singt auch uns Schubert das deutsche Lied.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die Bahl des Bundesrates.

"Die schönen Tage von einstmals, wo die Bundesratswahlen die Angelegensheit eines kleinen Kreises führender Politiker einer absoluten Mehrheitspartei waren, sind endgültig vorbei. Bir müssen uns alle ohne Unterschied daran geswöhnen, daß ... bei der Ersetzung der einstigen Mehrheitspartei durch vier Hauptparteien, die jede für sich eine Minderheit bilden, jede Ersatwahl in die oberste Landesregierung zum Gegenstand öffentlicher Erörterung und Prüfung geworden ist."

Diese Worte, in benen sich die Genugtuung darüber, daß "die schönen Tage von einstmals endgültig vorbei sind", kaum verbirgt, schreibt v. Ernst im katholischen Hauptorgan der deutschen Schweiz, im Luzerner "Baterland". Lassen wir also die "öffentliche Erörterung und Prüfung", die aus Anlaß der Ersatwahl für den zurücktretenden Bundesrat Chuard seit Wochen vor sich geht, in ihren hauptsächlichsten Außerungen an uns vorbeiziehen. Wir gewinnen so einen Einblick in die ganze Art, wie augenblicklich unsere oberste Landesbehörde bestellt wird.

Unter den drei "besitzenden" Parteien oder Gruppen, d. h. den Aufnießern des augenblicklichen politischen Zustandes, steht an erster Stelle die freissin nigsdem ofratische Partei. Bobei sich allerdings diese Partei bei dieser Frage der Bundesratsbestellung deutlich in ihre zwei Bestandteile scheidet: den Rechtsslügel, in dem sich die großen Geldmächte von Banks, Insbustries und Handelswelt zusammensinden, und den Linksslügel mit den breiten Massen von Mittels und Kleinbürgertum und Beamtens und Angestelltenschaft. Zuerst die Stellungnahme des Rechtsflügels des Freisinns.

Einige Außerungen der "Neuen Zürcher Zeitung" (wobei die Hervorhebung einzelner Stellen durch Sperrung durch uns geschieht) geben darüber Aufschluß, wie man hier natürlicherweise bestrebt ist, jegliche Komplikation zu vermeiden und die Lösung sich stellender Fragen zu verschieben, mit einem Wort: nicht an den überlieferten Einrichtungen und bestehenden Verhältnissen zu rühren:

"Die Wahl eines neuen Bundesrates scheint weder nach der parteispolitischen Seite noch in Bezug auf die Ansprüche der Landesteile und Kantone auf Komplikationen zu stoßen."

"Gine weitere Distuffion über den Bundesratsproporz fann man

ruhig verschieben."

"Wer irgendwie über das Problem der Zusammensehung des Bundesrates nachdenkt, ... wird gewahr, daß die durch den gesunden Sinn des Schweizervolkes geschaffene Tradition als Richtlinie dienen und nicht ohne Not verlett werden sollte." "Am allerwenigsten haben wir Bürgerlichen aller Kantone einen Grund, an Verhältnissen zu rühren, die bis jetzt dem ganzen

Lande zum Segen gereichten."

Die 1919 durch die Wahl des katholischen Welschfreiburgers Mush geschaffene Zweiervertretung der katholischskonservativen Paretei wird in keinem rechtsfreisinnigen Blatt in Frage gestellt. Auch über die Beibehaltung der 1917 mit der Sprengung Hoffmanns und seiner Ersehung durch Ador zustande gekommene Dreiervertretung der romanischen Schweiz schweizt zu bestehen. Die "Neue Zürcher Zeitung" schreibt dazu:

"Wenn wir heute von sieben Bundesratsmitgliedern drei der romanischen Schweiz entnehmen, so ist das ein Verhältnis, das angesichts der Bevölkerungszahlen der Minderheit reichlich gibt, was sie verdient. Aber wir wollen das Entgegenkommen, das in diesem Zahlenverhältnis

liegt, beibehalten ..."

Findet sich so der Rechtsfreisinn mit den 1917 und 1919 geschaffenen neuen Machtverhältnissen ab, so wehrt er sich doch energisch gegen eine weitere, auf seine Kosten gehende Anderung in der Zusammensehung der obersten Landessbehörde. Im "Aargauer Tagblatt" wird beispielsweise der von Seite der Bauern partei erhobene Anspruch auf eine Vertretung im Bundesrat mit den Worten abgelehnt:

"Nur um einem Angehörigen einer andern Partei Platz zu machen, wirft man keine Magistraten aus den Amtern... Die ganzen Machinationen und Kombinationen (wie sie in bäuerlichen Blättern angestellt worden waren) haben offensichtlich den Zweck, in den Reihen der Freisinnigen Ver-

wirrung zu stiften."

Gegenüber einer Forderung der "kleinen Kantone" der Ostschweiz auf bessere Berücksichtigung bei der Zusammensehung des Bundesrates weist Schürch im "Bund" darauf hin, daß die ständige Vertretung der großen Kantone — der eidgenössischen "Großmächte" — im Bundesrat nur den Aussgleich bilde zu der Vorherrschaft, die den "Kleinen" im Ständerat eingeräumt sei.

Die Berücksichtigung des sozialistischen Anspruches auf verhältnismäßige Bertretung im Bundesrat macht die "Neue Zürcher Zeitung" schließlich von der Bedingung einer Programmänderung der Sozialdemokratie abhängig, was praktisch natürlich auf Ablehnung dieses Anspruches hinausläuft:

"In Frage könnte allenfalls eine Beteiligung an der Exekutivbehörde durch eine große Partei kommen, die bis jeht nicht vertreten ist: die sozials demokratische. Sie hat bis jeht den Willen zu einer ehrlichen Mithilfe an der Landesregierung nicht erklärt. Sie könnte das auch nicht so leicht auf der Grundlage ihres jehigen Programms, das weder die Demokratie noch die Grundlage unserer wirtschaftlichen Existenz anerkennt."

Die Haltung der katholisch skonservativen Bevölkerungsgruppe ist bedingt durch die Entwicklung ihrer Stellung im Bundesstaat von 1848 während der vergangenen acht Jahrzehnte. Bei der Gründung des Bundesstaates und in den folgenden Jahrzehnten in der Opposition, gelangt 1886 zum ersten Mal einer ihrer Vertreter (Zemp) zur Vizepräsidentschaft im Nationalrat und fünf Jahre später, 1891, in die oberste Landesbehörde. Der dritte Markstein in dieser Entwicklung ist das Jahr 1919, in dem die katholisch konservative Partei ihre zweite Vertretung im Bundesrat erhält. Damit ist ihr Unspruch in dieser Nichtung befriedigt. "Die Katholisch-Konservativen haben (im Bundesrat), was sie begehren und was sie begehren können," schreibt v. Ernst im "Vaterland". Dagegen kann die katholisch-konservative Partei von dieser neuen Stellung aus durch eine zielbewußte Politik natürlich ihre Macht und ihren Sinfluß im Staat zur Befriedigung ihrer besonderen konsessionellen Besdürsnisse und Ziele weiter mehren. In erster Linie, indem sie sich, wie die "Neue Jürcher Zeitung" es bezeichnet, "als Schiedsricht er" zwischen den Parteien ausstellt oder bei wichtigen Entscheidungen das Zünglein an der Wage

bildet, um schließlich dann auf diejenige Seite zu treten, von der sie das größere Entgelt bekommt. So hatte noch kurz vor seinem Tode der Parteisekretär Kubik geschrieben:

"Die fatholisch-konservative Partei kann einem fünften radikalen Bundesrat nur zustimmen, wenn keine andere Partei Ansprüche auf einen

Bundesratsjig erhebt."

Da indessen weder die Bauern noch die Sozialisten ernsthaft einen Anspruch erhoben oder ausrecht erhielten, kam die katholisch-konservative Partei diesmal nicht in die Lage, zwischen den politischen Parteien die Rolle eines Schiedsrichters zu spielen. Entscheidend dürste dagegen wohl ihr Eintreten sür die Ansprüche der Landesteile, d. h. die Beibehaltung der Dreiervertretung der romanischen Schweiz gewesen sein. "Wir sind unbedingt sür die Beibehaltung von drei romanischen Bundesräten," hatte ebenfalls Kubik geschrieben. Für diese Stellungnahme mochte in erster Linie der Umstand bestimmend sein, daß die beiden katholischen Bertreter im Bundesrat der romanischen Schweiz entstammen. Bei einer Herabset der Verabsetung der Vertreterzahl der romanischen Schweiz von drei auf zwei wäre zweisellos die Vertretung des welschschweizerischen Katholizismus weggesallen. Daß im übrigen die Vertretung des Katholizismus nur durch zwei romanische Schweizer, wobei doch die katholische Bevölkerung der welschen Schweiz und des Tessins zusammen kein Viertel der gesamten katholischen Bes völkerung der Schweiz ausmacht, als nur wenig besriedigender Zustand empstunden wird, geht aus einer Außerung von v. Ernst im "Vaterland" hervor:

"Die Zentralschweiz (der Kern des deutschschweizerischen Kastholizismus) trägt tatsächlich das Opser, das von der schweizerischen Staatsraison in doppelter Hinsicht gesordert wird: für die Vertretung der italienischen Schweiz und die dauernde Einräumung von zwei Bundess

ratssitzen an die welsche Schweiz."

*

Dem Gewinner und Rutnießer der veränderten Machtverhältnisse in Europa und der entsprechend veränderten außenpolitischen Lage unseres Landes, der welschen Schweiz, wäre es wohl möglich gewesen, jeden Bersuch, ihr die zweite Bertretung (die dritte der gesamtromanischen Schweiz) streitig zu machen, ersolgreich zu durchkreuzen. Das Organ der Baadtländer Radistalen, die in Lausanne erscheinende "Revue", hatte schon frühzeitig nach katholischer Seite hin gewarnt:

"Die katholische Partei widersetzt sich nicht, daß die romanische Schweiz den 1917 in hohem Kampferrungenen dritten Sitz behalte. Und das in ihrem eigenen Interesse. Man muß die politische Zugehörigkeit der gegenwärtigen Amtsinhaber betrachten, um zu verstehen, was wir

sagen wollen."

Das war der Hinweis darauf, daß der Berlust des dritten Sites derjenige des welschen Katholizismus wäre. Denn die welsche Schweiz, in der der Anteil der katholizismus wäre. Denn die welsche Schweiz, in der der Anteil der katholizismus wäre. Denn die welsche Schweiz, in der der Anteil der katholizismus wäre. Denn die von 18 v. H. ausmacht gegenüber 38,5 v. H. freiscaniger Bevölkerung, könnte kaum nur durch einen Katholiken im Bundesrat vertreten sein. Einem Versuch des Freisinns der deutschen Schweiz anderseits, die romanische Vertreterzahl herabzuseten, hätten die welschschweizerischen Radikalen nur die Orohung eines Austrittes aus der Partei entgegensehen zu brauchen, was in Anbetracht des Umstandes, daß 21 von den 58 Mitgliedern der freisinnigen Nationalratsfraktion, also 36 v. H., Romanischsschweizer sind, sicher seine Wirkung nicht versehlt hätte.

Burde so von den augenblicklich ausschlaggebenden parteipolitischen Mächten der deutschen Schweiz der zweite Sit der welschen Schweiz nicht angesochten, so ist der Anspruch der Baadtländer Radikalen darauf innerhalb der welschen Schweiz doch nicht unbestritten. Einmal sind es die welschschweizerischen, voran natürlich die Baadtländer Sozialisten sie die Randidatur des Radikalen Pilet bekämpsen. Da die Sozialisten fast ein Viertel (23 %) der gesamten welschschweizerischen Stimmen auf sich vereinigen, wäre an sich eine sozialistische welschschweizerische Bertretung im Bundesrat nicht undenkbar. Als Grund der

sozialistischen Gegnerschaft gegen die radikale Kandidatur wird im Lausanner

Parteiblatt "Droit du peuple" angegeben:

"Die freisinnige Partei des Kantons Waadt behandelt die Arbeitersschaft nicht als politischen Gegner, sondern als Feind. Sie stößt die Arbeiterschaft außerhalb des Rahmens des Gesetzes und außershalb der versassungsmäßig gewährleisteten Rechte."

Auch die Waadtländer Bauernpartei will sich ihre Handlungsfreisheit gegenüber der radikalen Kandidatur nach wie vor vorbehalten. Der ernstshafteste Widerstand ist aber der freisinnigen Waadtländer Kandidatur von seiten der Liberalen und Verwandten (Genser Wirtschaftsparteiler) entstanden, die zahlenmäßig zwar bloß etwa 14 v. H. der welschschweizerischen Gesamtbevölkerung darstellen, aber dank ihrer vorzüglich geleiteten Preßorgane großen geistigen Einfluß im Lande besitzen. Im "Journal de Genève" wurde eine Zeit lang sast jeden Tag etwas an der Kandidatur Pilet ausgesetz:

"Die Randidatur Bilet wird Distuffionen rufen."

"Unsere Miteidgenossen (der deutschen Schweiz) haben den Eindruck, daß Herr Pilet durch seine Mitbürger bezeichnet worden ist, weil sie uns bedingt einen Kandidaten aufstellen wollten."

"Es handelt sich aber um die Wahl eines schweizer ischen Bundeserates, und das ist eine Angelegenheit, die die Grenzen eines Kantons

überschreitet."

"Die Kandidatur Bilet ist weit entfernt, bei unseren Miteidgenoffen eine warme Aufnahme zu finden."

Besonders beachtenswert ist nun die Begründung, mit der das Organ der Waadtländer Radikalen, die "Revue", eine allfällige Kandidatur Logoz, des Bertreters der — den Liberalen nahestehenden — Genfer Wirtschaftspartei, absehnt:

"Wie kann man eine Persönlichkeit unterstützen, die in der welschen Schweiz der hauptsächlichste Vorkämpser des schweizerischen Strasrechts ist und der sich auf Grund dieser Eigenschaft vollständig vereinzelt findet. Herr Logoz, der Versechter der Vereinheitlichung des Strasrechts, würden icht der Vertreter der föderalistischen welschen welschen Schweizsein."

Es darf wohl angenommen werden, daß es sich hier um eine in der Hige des Gesechts getane Außerung handelt. Müßte man annehmen, daß die Kandisdatur Pilet wirklich in diesem Sinne der Vertretung einer extrem föderalistischen welschen Schweiz gemeint sei, der schon die Vereinheitlichung des Strafrechts, geschweige denn die für die nächsten Jahrzehnte bevorstehende dringliche Vereinheitlichungsarbeit zu weit geht, dann wäre die Bezeichnung dieser Kandisdatur als einer freisinnigen — zum mindesten nach deutschschweizerischem Sprachsgebrauch — irreführend.

Die in erster Linie "fordernden" Parteien sind auch bei der Neubestellung der obersten Landesbehörde die Bauernpartei und die Sozialdemokratie. Das "Berner Tagblatt", das zwar nicht offizielles Organ der bernischen Bauern-"Bener Tagblatt", das zwar nicht offizielles Organ der bernischen Bauern-"Bewerbe und Bürgerpartei ist, ihr aber sehr nahe steht, hatte den Augenblick für gekommen gehalten, daß die Bauernparteien ihren Anspruch auf einen Sit im Bundesrat anmeldeten, wobei an die Ersetzung eines der biss-herigen sreisinnigen Deutschschweizer im Bundesrat durch einen Bauernvertreter gedacht war. Die "Neue Berner Zeitung" spricht sich mehr über die grundsätzliche Berechtigung und Notwendigkeit einer Vertretung der bisher ausgeschlossenen Parteien aus und will die Frage des Zeitpunktes, in dem diese Ansprüche verswirklicht werden sollen, offen lassen:

"Wenn die Berantwortung für die Führung der Staatsgeschäfte richtiggelagert und verteilt sein soll, so muß zwischen dem parteipolitischen Bild der Bundesversammlung und dem parteipolitischen Bild des Bundesrateseine gewisse übereinstimmung herrschen."

"Wird einmal anerkannt, daß auch die Zusammensetzung der obersten Exekutivbehörde einigermaßen der politischen Macht im Lande und im Parlament entsprechen soll, so ergibt sich die Tatsache, daß zurzeit die freisinnige Richtung im Bundesrat um mindestens zwei Site

zu start vertreten ist."

"Nicht dagegen vertreten sind im Bundesrat jene zwei Parteien, die in den Nationalratswahlen 1928 prozentual den größten Stimmenzuwachs aufzuweisen haben und zusammen über 40 % der Wählerschaft auf sich vereinigten: Die Sozialdemokratie und die Bauern=, Gewerbe= und Bürger= partei."

"Die Beteiligung der Sozialdemokratie und der Bauernpartei am Bundesrat ist grundsählich als wünschens-

wert zu bezeichnen."

"Das ist kein juristischer Anspruch im Sinne des Proporzes, sondern ein moralischer und politischer Anspruch im Sinne einer gerechten Ber-

teilung der Macht und der Berantwortlichkeit."

"Die Frage, wann dieser Anspruch praktisch geltend zu machen ist und auf welche Weise er durchzuseten sei, greift zu tief hinein in die Probleme eidgenössischer Staatspolitik und kantonaler Verhältnisse, daß eine Beantwortung heute versrüht erscheint."

tonaler Verhältnisse, daß eine Beantwortung heute verfrüht erscheint."
"Auch die Wahl eines Bundesrates ist nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtproblem: Wie wählt der Volksstaat seine

Führer?"

*

Auf sozialistischer Seite erhebt man grundsätlich den Anspruch auf werhältnismäßige Vertretung im Bundesrat:

"Die schweizerische Arbeiterklasse, politisch repräsentiert durch die sozialdemokratische Partei, verlangt im Bundesrat die ihr zustommende proportionale Vertretung" ("Volksrecht").

Die St. Galler "Bolksstimme" bezeichnete sogar den Augenblick für gestommen, wo die Sozialdemokratie ihren Anspruch auf zwei Sițe geltend machen könne und schlug als Kandidaten einen Welschschweizer (Graber) und einen Deutschschweizer (Hauser-Basel) vor. Der Zentralvorstand der Partei besichloß indessen mit 25 gegen 8 Stimmen, auf die Frage der Beteiligung an den Bundesratswahlen nicht einzutreten.

Grund für dieses Verhalten mag einmal sein, daß man befürchtet, sich bei der augenblicklichen parteipolitischen Lage und Stimmung einem Mißersolg auszussen, besonders wenn man sich das Recht der eigenen Aufstellung des oder der Kandidaten wahren will, worauf normalerweise keine Partei verzichten kann. Ferner mag man sich der Einsicht nicht verschließen, daß eine Partei, die die Mitverantwortung an der Regierung trägt, sich in ihrer parteitaktischen Haltung weitgehende Zurückhaltung auferlegen muß und damit viel von der

Werbekraft ihrer grundsätlichen Oppositionspolitik einbüßt.

Ist aber die Sozialbemokratie ernstlich gewillt, früher ober später an ber Berantwortung für das Wohl des Landes mitzutragen, so muß sie darauf jett schon in ihren programmatischen Erklärungen und in ihrem ganzen Verhalten Rücksicht nehmen. Gerade wenn es die Aberzeugung der Arbeiterschaft ist, daß einzelne ihrer Gegner die Spaltung des Volkes in zwei sich bekämpfende Lager bewußt zu fördern und aufrecht zu erhalten suchen, weil sie darin eine Sicherung ihrer gewinnreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen ober sonstigen Stellung sinden, so darf sie dieser Gegnerschaft nicht selbst ständig die Waffen liesern, mit denen diese die Arbeiterschaft vor Land und Volk aus der Stellung eines politischen Gegners in diesenige des außerhalb von Geset und Verfassungstehenden Staatsseindes drängen kann. Das "Volksrecht" schreibt zur Bundeseratswahl:

"Mag man der Arbeiterklasse entgegen allen Forderungen der politischen und sozialen Gerechtigkeit eine Vertretung im Bundesrat vorenthalten, so wird die sozialdemokratische Partei um so energischer und unerbittlicher den Kampf gegen den Bundeshaus-Konservatismus und bürger=

liche Ausschließlichkeit aufnehmen."

"Die sozialdemokratische Arbeiterschaft stärkt in diesem Rampf das Bewußtsein, das Recht auf ihrer Seite zu haben und schließlich aus eigener Macht zu ertropen, was man ihr nicht anders geben will."

Mit dem "ertropen" fommt aber niemand auf die Dauer weit. Der eigenen Machtmehrung sind Grenzen gesetzt. Und was das "Recht" anbetrifft, so wird immer auf allen Seiten gesehlt, und darum hat niemand das Recht ausschließelich auf seiner Seite. Darum dürfte einmal derjenige der wirkliche Gewinner sein, der am ersten den "Kant" aus der gänzlich versahrenen parteipolitischen Lage von heute heraussindet. Ihm und nicht den "Troherichen" links oder rechts wird die Zukunft gehören.

"Ob die Bürgerlichen (für die Ersatmahl in den Bundesrat) einen Mann finden oder nicht — heißt es weiter im "Volksrecht" —, hat nichts

zu sagen. Ginen Randidaten finden sie gewiß."

"Dieser Kandidat wird auch gewählt werden und geruhsam und lebenslänglich in Bern Bundesrat spielen können, wenn nicht vorher die neue demokratisch-sozialistische Regeneration wie ein Donnerwetter in die

Idhile des Konservatismus hineinfährt." Wie denkt man sich auf sozialistischer Seite das Berfahren, mit dem man Männer und nicht bloß Kandidaten findet und wie stellt man sich diese "neue bemokratisch-sozialistische Regeneration" vor, die wie ein Donnerwetter in die heutige Bundeshaus-Soulle hineinfährt? Gine Unterhaltung darüber wurde fich lohnen.

Ift es für die Einstellung der rechtsfreisinnigen Presse zur Bundesratsersat und Neuwahl im allgemeinen kennzeichnend, daß man in erster Linie auf Bermeidung irgendwelcher Komplikation und weniger auf die besondere Eignung des Kandidaten und die Güte der jetigen Verhältnisse in der obersten Landesbehörde schaut, so ist dagegen im Großteil der demokratischen linksfreisinnigen Blätter ein weitgehendes Bewußtsein der Fragwürdigfeit des Einzelfalles (der Ersattandidatur) wie der ganzen heutigen Bestellungsart unserer staatlichen Spite vorhanden.

"Berr Bilet ift eine gang augenscheinliche Berlegenheitstandis batur - schreibt die "Neue Aargauer Zeitung" -. Gegen eine folche Königsmacherei und Zwängerei muß ganz entschieden Einspruch erhoben

werden."

Die "Nationalzeitung" befürchtet von der Bahl Bilet's eine weitere Stärkung der konservativen Einstellung der obersten Lan= besbehörde. Sie hielte es zum mindesten für wünschenswert, daß Bundesratskandidaten eine programmatische Erklärung, eine Art "Glaubensbekenntnis" abgeben würden, aus der man ersehen konnte, mit wem man es zu tun hat. Much die "Züricher Post" äußert sich unbefriedigt:

"Man sucht vergebens nach den großen politischen Taten, die Herrn Pilet in der politischen Arena ausgezeichnet haben. Man hat ihn weder im Ranton noch in der Eidgenoffenschaft in Berbindung

mit wichtigen entscheidenden Aftionen fennen gelernt."

Nach der "Nationalzeitung" würde man sich in der freisinnigen An= gestellten= und Beamtenschaft fragen, ob nicht den großen Kantonen das Aber= lieferungsrecht abgesprochen und fünftig nur noch auf die Tüchtigkeit der Kandisbaten abgestellt werden sollte. Ein anderer Borschlag im gleichen Blatt geht dahin, die Mitglieder der Bundesversammlung bei ihrer Wiedermahl auf die Bahl bestimmter Bundesräte zu verpflichten. Im Ganzen meint das Blatt:

"Bir haben in Bezug auf die perfonliche Zusammensetzung die fonservativste Regierung in der ganzen Belt. Es ist überhaupt nicht denkbar, mas ein Bundesrat anstellen mußte, um sich der Gefahr

auszusehen, nicht wieder gewählt zu werden."

über die Berangiehung der Sogialdemofratie gur Mitverantwortung äußert sich das "Oltener Tagblatt":

"Das Parteivolt macht an der Ginficht herum, daß eine Beteiligung der Sozialisten am Bundesrat verantwortlichfeitshalber

erwünscht märe."

Die "Neue Aargauer Zeitung" rügt, daß für die Wahl in den Bundesrat die Zugehörigfeit zu einer der maggebenden Parteien Borbedingung und Boraus-

setzung sei und zieht als Folgerung daraus:
"Der Fall (Pilet) beweist von neuem die Berechtigung der alten bemokratischen Forderung nach der Bolkswahl des Bundesrates. Bei dieser wären solche Gelegenheits= und Konventikelkandidaturen, die die

Wahlbehörde blindlings schlucken muß, nicht mehr möglich."
"Auch würde das für die Regierungsbestellung direkt verantwortliche Volk zur Landespolitik in ein viel direkteres und lebendigeres Verhältnis

fommen."

"Wir müssen endlich aus veralteten Formen und bequemen Bewohnheiten einer Politik, die aus andern Berhaltnissen stammt, heraustommen, sonst bricht sich die Entwicklung gewaltsam Bahn."

In einem, in linksfreifinnigen Blättern erschienenen Artikel, ichreibt Jakob

Bührer sehr richtige Worte über die Bedeutung der Bundesratswahlen:

"Es handelt sich bei diesen Bundesratswahlen nicht um die Bestellung eines oberften Beamten, sondern in seiner tieferen Bedeutung, um bas Staatsbewußtsein. Wir glauben, die Bewußtheit, was der Staat ist, will und soll, sei beim Bundesrat sicher aufgehoben. Zu dem steht nun die Wahl eines Bundesrates in einem engen Parteizirkel in einem engen Kanton in einem peinlichen Widerspruch. Dadurch, daß der Mann als Bertreter seiner Partei und seines Kantons in den Bundesrat kommt, sind wir um das Beste beraubt, nämlich um die Aberzeugung, daß er in erster und letter Linie unfer Bertreter ift, unfer, des Bolkes, des kleinen Mannes, der einfachen Frau."

"Wenn wir nur wüßten, wie er sich zu seinem Umte stellt, wenn wir ein öffentliches Bekenntnis von ihm hatten: das ift die heutige Schweiz, morgen muß fie fo fein. Diesen Weg muß fie geben, es ist ber vorteilhafteste! — Einen Beg gehen, in die Zukunft gehen! Das wäre schon ein Wort. Ein Ziel aufgestellt von einem Bundes = rat, welch ein Glück! Wir wüßten: wir haben einen Zukunstswillen. Wir haben Männer, die das Ganze im Auge haben, Führer! Jeht wissen wir nie, ob wir eigentlich stehen bleiben, und statt geführt, verwaltet

werden - nach Parteiintereffen."

Bas lehrt uns ein folder überblick über die Stellung der Parteien, Konfessionen und Landesteile zu den Bundesratswahlen? Daß eine Bundesratswahl heute etwas vollständig anderes ist als vor 80 Jahren. Damals galt es bloß, eine einheitliche Regierung herzustellen unter Berücksichtigung der Rantone. In der Berfassung murde nur bestimmt, daß tein Ranton zwei Site im Bundesrat einnehmen dürfe. Die Einheitlichkeit der Regierung war von vorneherein gewahrt, weil es in der Bundesversammlung eine abfolute Mehrheitspartei gab, der nach dem Grundgedanken des parlamentarischen Regierungssinstems ohne weiteres famtliche Site zufielen. Dieser Zustand bauerte 43 Jahre lang. Dann räumte man der bisher einzigen Oppositions= partei, den Ratholiken, einen Sit ein. Bedeutete bas ben Anfang einer foalierten Regierung?

Die Regierungskoalition, die sich, mangels einer absoluten Mehrheitspartei, burch zeitweiliges Zusammengehen von zwei ober mehr Minderheitsparteien bildet, bleibt durchaus auf dem Boden des parlamentarischen Regierungssisstems: die Parlamentsmehrheit, die aus der Berbindung der betreffenden Minderheitsparteien entstanden ist, stellt allein die Regierung; die der Roalition nicht

angehörenden Minderheitsparteien sind davon ausgeschlossen. Man könnte in der schweizerischen Regierung seit 1891, zum mindesten seit 1919 eine KoalitionsRegierung erblicken wollen. Dazu sehlen ihr aber zwei wesentliche Boraussetzungen: sie wird durch kein Mißtrauensvotum der Räte gestürzt, und ihre alse drei Jahre ersolgende Neubesteslung ist keine Wahl, sondern eine auf Gewohnheitsrecht beruhende Bestätigung. Die schweizerische Regierung ist daher ke in e rein parlamentarische Regierung. Man sieht das für einen Vorteil an. Mit Recht. Aber wir müssen auch die entsprechenden Folgerungen daraus ziehen.

Und die heißen: Freiwillige Zulassung sämtlicher Parsteien, Konfessionen und Landesteile zur Vertretung und Mitsverantwortung in der Regierung. Tun wir das nicht und sehnen doch das parlamentarische Regierungssystem mit Mißtrauensvotum und wirklicher Regierungsneuwahl ab, dann üben wir, beziehungsweise die an der Herschaft bestindlichen Parteien ein Gewaltregiment über die übrigen Parteien aus.

Berücksichtigung sämtlicher größerer Parteien, und nicht nur das, sondern auch der Landesteile und Konsessionen, bedeutet aber nichts anderes als Resgierungs=Proporz im höchsten Grad. Vergegenwärtigen wir uns eine mal, wie eine alle derartigen Ansprüche gerecht berücksichtigende Regierung zus

sammengesett sein mußte:

				heute:	fünftig:	aus den Kantonen:
Freisinnige:	Deutschschweizer			4	2	Bürich, Bafel, Mittel= oder
(u. Liberale)	Welschschweizer			1	1	Waadt, Genf [Ditschweiz
	Tessiner				ev. 1	Tessin
Sozialisten:	Deutschschweizer				2	Zürich, Bern, Bafel
	Welschschweizer				1	Genf, Neuenburg
	Tessiner			_		
Katholiken:	Deutschichweizer				1	Luzern, Inner= oder Oft=
	Welschschweizer			1	1	Freiburg, Wallis [schweiz
	Tessiner			1	ev. 1	Teffin
Bauern:	Deutschschweizer				2	Bern, Zürich, Mittel= oder
	Welschschweizer				2	[Dstschweiz
	Tessiner		•	_		

Das ergäbe eine Zahl von elf Bundesräten. Genau diejenige Zahl, die Bundesrat Ruchonnet in den neunziger Jahren für die Borsteher der Verswaltungsabteilungen (Departements) vorschlug, die an die Seite von

fünf "regierenden" Bundesräten zu treten hatten.

Die sollen wir aus diesem Zwiespalt herauskommen? Die heute von der Regierung ausgeschlossenen Parteien, sowie Landesteile und Konsessionen verlangen eine gerechte, d. h. verhältnismäßige Vertretung in der Regierung. Die Berechtigung dieses Anspruchs kann nach dem oben Gesagten nicht bestritten werden. Gleichzeitig aber wird allgemein, und z. T. gerade aus diesen Kreisen heraus, eine Regierung gesordert, die diesen Namen wirklich verdient, d. h. eine Regierung, die im Stande ist, vom Gesichtspunkt der Gesamtheit, des Staates, und nicht bloß von demjenigen einer Partei, einer Konsesssion oder eines Landesteils aus zu handeln; serner eine Regierung, die nicht bloß verswaltet, sondern "führt", d. h. Ziele setzt und die allgemeine Richtung angibt, den innern und äußern Kurs der schweizerischen Politik: ob söderalistische oder bundesstaatliche, ob wirtschaftsoligarchische oder wirtschaftsdemokratische Entswicklung, ob Neutralität oder Ansehnung in der Außenpolitik.

Man muß es den heute die Verantwortung tragenden Parteien zugute halten, wenn sie, um diesem Zwiespalt zu entgehen, im bewährten Bisherigen immer noch das Beste erblicken. Tropdem geht es auf die Dauer nicht an, sich einsach bei den jetigen Einrichtungen zu bescheiden, weil diese "dis jett dem ganzen Lande zum Segen gereichten". Die Verhältnisse, für die jene Einrichtungen geschaffen wurden, sind andere geworden. Die neuen Verhältnisse verslangen neue Einrichtungen. Die Verhältniswahl hat die Verhandlungsfähigkeit des Parlaments der politischen Parteien herabgemindert. Sie wird auch dies

jenige der Regierung herabmindern. Und doch ist sie unumgänglich und sinnvoll. Sinnlos wirkt sie nur, wenn sie allein, ohne ihre notwendige Ergänzung, eingeführt wird. Parteien, Konfessionen und Landesteile vertreten ist eines, regieren ein anderes. Aber beides ist unumgänglich auseinander angewiesen. Nicht erst, aber besonders seit der Einsührung der Berhältniswahl sür den Nationalrat kommt das "Regieren" bei uns zu kurz. Man schlägt zur Abhilse die Bolkswahl des Bundesrates, einen volksgewählten Bundespräsidenten, eine Dreimännerregierung u.s.w. vor. Die Diskussion ist eröffnet. Rehme sie ihren weiteren Berlauf.

Marau, den 26. November 1928.

Sans Dehler.

Bur politischen Lage.

Die Jubelfeiern der neuen Oftstaaten. — Polen und Litauen. — Die Staaten der kleinen Entente. — Das Ergebnis.

Unsere Presse war in den letten Wochen ersüllt von mehr oder weniger deutlich inspirierten Jubelhymnen auf den zehnjährigen Bestand all der 1918 ganz neu oder in vermehrter und verbesserrer Auslage wieder entstandenen Staaten im nahen Osten. Die Inspiration aus dem betressenden Staate war in den meisten Fällen völlig unvertennbar. Wir haben es hier also mit einer Kundgebung dieser neuen Staaten zu tun. Diese haben das Bedürsnis gesühlt, der staunenden schweizerischen Össentlichteit und natürlich der anderer Staaten ebenso die Tatsache in Erinnerung zu rusen, daß sie bereits zehn Jahre alt sind und noch leben! Tschechen und Polen, Letten und Esten versuchten dabei freilich auch noch ihre großen Berdienste um die Förderung der allgemeinen Kultur in ein möglichst vorteilhastes Licht zu rücken. Aber das Leitmotiv war doch die Freude darüber, daß diese Staaten nach zehnjährigem Bestande immer noch am Leben sind. In einer solchen kleinen Einzelheit kommt die überwältigende Unsicherheit, die über dem ganzen politischen Getriebe im nahen Osten, im vergrößerten Balkan, liegt, schlagend zum Ausdruck!

Und wirklich, es gibt kaum einen größern Gegensatz zwischen dem beshäbigen, gesestigten, unverrückbar seinen Gang gehenden Leben in der Schweiz, in Holland, in Schweden oder Norwegen zum Beispiel auf der einen Seite, dem sprunghaften, nie zur Ruhe kommenden, stets von neuen Erschütterungen heimgesuchten Getriebe beispielsweise in Litauen, Polen oder Südslawien auf der andern Seite. Haben wir bei den kleinen neutralen Staaten Mitteleuropas in alter Kultur gesestigte Formen, ein jeder Gewalt abgeneigtes wohltempesriertes politisches Empsinden, den unverrückbaren Rahmen von Recht und Gesetz, so sinden wir auf der andern Seite das zügellose Getriebe über Nacht jäh zur Macht gekommener Gewalten, hemmungslose, vor keinem Gewaltakt und keiner Ausschreitung zurückschreichende politische Leidenschaften und leere, inshaltslose Begriffe von Recht, Gesetz, Bersassung.

Man wird hier sofort einwenden, die neuen Staaten hätten in ihrer Jugend und in den schweren Zeitumständen gewichtige Milderungsgründe. Zusgestanden! Es handelt sich übrigens auch gar nicht darum, hier Werturteile abzugeben. Selbstverständlich sind die Neutralen vom Glück bisher mehr bes günstigt gewesen als die Oststaaten und haben deshalb sich ganz anders innerlich und äußerlich sestigen können. Und es wäre noch die Frage, wo der größere Lebenswille und die größere Lebensenergie zu suchen ist. Von alle dem ganz abgesehen, stehen wir aber heute vor der greisbaren politischen Tatssache, daß der Osten Europas zwischen Deutschland und Rußland vom Mittels meer dis zum Eismeer ausgesüllt ist von einer Masse von Mittels und Kleinsstaaten junger und jüngster Entstehung, mit und ohne historische Überlieserungen, die alle innerlich und äußerlich wenig gesestigt sind.

Diese Tatsache wird der gesamten europäischen Öffentlichkeit immer wieder durch die mit tötlicher Sicherheit alle paar Monate, ja alle paar Wochen aus diesem vergrößerten Balkan ergehenden Alarmruse wirksam einzgeprägt. Sie ist ein Anlaß steter Beunruhigung und ein Antried zu fortwährender politischer Bewegung. Das wird vielsach unangenehm empfunden und diese unangenehmen Empfindungen machen sich häufig auch in der öffentslichen Meinung Europas rückwirkend geltend.

Gerade solche Ersahrungen mögen die Lobeshymnen der Betroffenen ansgesichts ihres jett zehnjährigen Bestandes veranlaßt haben. Sie haben das Bedürsnis, sestzustellen, daß sie nun zehn Jahre da sind und noch lange dazusbleiben hoffen. Sie haben auch das Bedürsnis, sestzustellen, daß sich der Staatsapparat und die Wirtschaft allmählich gefestigt haben. Und sie haben ganz besonders das Bedürsnis, die gute Entwicklung der gesamten politischen Lage zu betonen. Wie verhält sich zu diesen Beteuerungen die Wirtsichkeit?

Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich zuerst einmal zwei Gruppen von diesen Oftstaaten, von denen übrigens an dieser Stelle schon östers die Rede gewesen ist, etwas näher in Augenschein nehmen. Die erste von ihnen wird gebildet durch Polen und Litauen, die beiden guten Freunde, die so viele Ahnlichkeiten besitzen.

Polen hat den zehnjährigen Bestand seines wiedererstandenen Reiches in würdiger und vollkommen stilgerechter Form mit tagelangen Ausschreitungen gegen die Ukrainer in Lemberg geseiert. Die polnische Studentenschaft der dortigen polnischen Universität hat in Gemeinschaft mit den übrigen nationalpolnischen Kreisen der Stadt, vor allem aus den Reihen der Ikrainer verswüstet. Die Druckereien der ukrainischen Zeitungen, Bureaus von Genossenschaftsverbänden und Versicherungsgesellschaften, das Studentenheim u. s. w. wurden gründlich zerstört. Die Polizei begleitete diese Aktion mit ihrer wohlswollenden Ausmerksamkeit. Dieser Fall ist nur einer in der langen Kette von Ruhmestaten des neuen Polen. Er war begleitet von dem neuen Hochverratssprozeß gegen Deutsche in Oberschlessen, der wiederum unter Ausschluß der Offentlichkeit gesührt wurde und mit langjährigen Zuchthausstrasen endete.

Damit hat Polen wieder einmal im richtigen Augenblick auf die große Frage hingewiesen, die das ganze Leben des Staates beherrscht. Heute, nach zehn Jahren, ist es noch eben so weit von einer Aussöhnung mit den Mindersheiten wie je. Nur mit Gewalt und stetem Terror kann man die ukrainischen und weißrussischen Massen niederhalten. Mit immer neuen Gewaltakten macht man auch den Deutschen das Leben sauer. Um keinen Schritt ist so Polen der Lösung der großen Aufgabe näher gekommen, die es mit dem Verschlucken von so vielen Millionen fremdsprachiger Bevölkerung, weit mehr als einem Drittel der Gesamtbevölkerung, in seinen Entstehungsjahren auf sich geladen hat.

Die natürliche Folge dieser völlig ungerechtsertigten Ausdehnung Polens war von Ansang an die Verseindung mit allen Nachbarstaaten. Das Vorgehen gegen die nationalen Minderheiten läßt diese Feindschaft nie zur Ruhe kommen, ganz abgesehen von allen andern Gründen. Und so sehen wir heute wie vor zehn Jahren Polen in bitterster Feindschaft mit Deutschland, Rußland und Litauen dastehen. Mit Deutschland geht seit langer Zeit der Zolls und Wirtschaftstrieg in schärsster Form vor sich. Mit Litauen besteht nur ein Waffenstillstand, kein eigentlicher Friede, nur eine Demarkationslinie, keine Grenze. Und mit Rußland besteht natürlicherweise Krieg im Frieden. Was sonst noch an Polen grenzt, Rumänien, Tschechoslowakei und Lettland, steht dem weißen Abler ziemlich fühl gegenüber. So bleibt Polens außenpolitische Lage fortswährend unsicher. Durch Anlehnung an Frankreich sucht es das wett zu machen. Im übrigen verläßt es sich auf seine Küstung, die von Jahr zu Jahr stärker außgebaut wird. Und es sührt im Bölkerbund und sonst auf internationalem Boden einen hestigen Kampf gegen jede Abrüstung.

Im Innern dauert der Hader der Parteien an. Korruption und Liederlichsteit der Behörden wird von der polnischen Presse selbst tagtäglich gerügt. Immerhin bleibt die Staatsmaschine in Gang. Die Wirtschaft hat sich gesestigt, trot allem, und was die amerikanische Aussicht aus den Finanzen machen wird, bleibt abzuwarten. All das aber ist nur möglich, weil die Demotratie in Polen erledigt ist und Pilsudski als Diktator das Land in der Hand hält. Das ist aus dem freien Polen geworden!

Roch viel weniger erfreulich sieht es bei dem litauischen Rachbarn aus. Er ist ja viel kleiner und versügt nicht über ähnlich gewaltige natürliche Reichtümer wie Polen. Das äußert sich in der schlechteren Lage von Wirtschaft und Staatshaushalt. Noch mehr aus dem Nichts hervorgegangen als Polen funktioniert auch der staatliche Apparat noch schlechter. Dazür ist die innere Zersplitterung gleich groß und als selbstverständliche Folge finden wir auch hier einen Diktator an der Spike. Herr Woldemaras hat der Größe seines Reiches entsprechend ebensalls etwas weniger Qualitäten als sein polnischer Beruss genosse, führt sich aber doch als echter Diktator auf. Litauen ist nun zwar ein in der Hauptsache national einheitlich zusammengesetzter Staat. Es hat es aber doch verstanden, sich im Memelland ein Stück deutschen Landes anzuseignen, und es versteht es weiterhin, durch schlechte Behandlung der memelsländischen Bevölkerung beständig eine Spannung mit Deutschland aufrecht zu erhalten. Dabei lebt es mit seinem andern großen Rachbarn, mit Polen, erft recht in ausgesprochener und auch wohl begründeter Feindschaft. brauche ich mich hier nicht noch näher auszusprechen. Trog der Begrundetheit ber litauischen Rlagen aber hat ber litauische Rleinstaat boch seine Sache fo ungeschickt geführt, daß auch er sich sehr unbeliebt gemacht hat. Er ftort mit seinem Gebaren die Ruhe und das will man in Europa nicht dulben. Deshalb wird der vergewaltigte Kleine mit der Zeit von der sogen. öffentlichen Meinung geradezu als der verabschenungswürdige "Friedensbrecher" angesehen. Auch in ber schweizerischen Presse hat man gewichtige Stimmen den Litauern vorhalten hören, daß sie als jo kleines Bolk gar kein Recht hätten, so viel Unruhe in die Welt zu bringen und damit den schönen Frieden zu stören. Das ist doch eine etwas merkwürdige Auffaffung, auch wenn Berr Boldemaras gerade fein besonders sympathischer Zeitgenosse ift.

Die zweite hier etwas näher zu untersuchende Staatengruppe ist die der fleinen Entente. Bon ihr ift die Tichechoflowatei der Staat, der feine Pressearbeit in der Schweiz am eifrigsten und erfolgreichsten betreibt. Sie konnte deshalb auch die aufrichtigsten Glückwünsche zu ihrem zehnten Geburts= tage in Empfang nehmen. Dabei wurde ihre internationale politische Bedeutung, die auf der Person ihres Außenministers Benesch beruhe, gerühmt, ferner ihre gunstige innere Entwicklung und ganz besonders auch die geglückte Lösung der Minderheitenfrage. Bas nun die Bedeutung Beneschs in dem gegenwärtigen internationalen Spiele anbetrifft, jo wird man dem zustimmen dürfen. Nur wird man auch betonen muffen, daß allzu große Erfolge von ihm nicht erzielt worden find. Ein großer Erfolg ware nur die dauernde Sicherung der Tichechoflowafei; die kann aber durch die Anlehnung an Frankreich und die Gegner-schaft gegen Deutschland bei der ganzen geographischen Lage nie erfolgen. So frankt auch das System Benesch an seiner Naturwidrigkeit. Die Tschecho-slowafei bleibt einstweilen ein sehr weit vorgeschobener französischer Posten ohne zuverlässige Rückendeckung. Was ihr inneres Gesüge angeht, so darf man darauf hinweisen, daß die Tschechen mit Ersolg an einem Abdau ihrer freiheitlichen Einrichtungen arbeiten, wofür die gegenwärtigen Zensurverhältnisse in ber Presse Zeugnis ablegen. Die Tschechoslowakei wird als Polizeistaat noch der einzige kongeniale Nachsolger Ofterreichs unter Metternich. Die Folge ist eine kommunistische Partei von einer Stärke, wie sie kein anderer mittelseuropäischer Staat ausweist. Auch hier ist übrigens das Parteiwesen in erheblicher Blüte. Und was nun schließlich die sogenannte "Lösung" der Minder= heitenfrage anbetrifft, jo wird jeder Renner der Berhältniffe über folche Be-

hauptungen nur lächeln. Die Tschechoslowakei ist ein Urbild eines Bielvölkerstaates, ohne dem irgendwie richtig Rechnung zu tragen. Daran und an ihrer unmöglichen Gestalt frankt sie. Man kann deshalb auch ihre Standsestigkeit

nur als sehr mäßig einschätzen.

Was nun die beiden andern Genoffen der kleinen Entente von Frankreichs Gnaden anbetrifft, so genügt es wohl, auf die gegenwärtig gerade dort sich abspielenden Borgange hinzuweisen. Grogrumanien steht heute unter der Ministerpräsidentschaft des Siebenbürgers Maniu. Es ersebt unter ihm wohl ben ersten ernstlichen Bersuch, den neuen Staat auf eine europäische Höhe zu bringen. Es wird wohl auch den Versuch erleben, mit den Minderheiten zu einer Einigung zu gelangen. Ferner wird die neue Regierung die arg darniederliegende Wirtschaft und die traurige Währung aufzurichten haben. Und schließ= lich findet sie eine außenpolitische Lage, die ihr fast ringsum Todseinde zeigt. Diese Feststellungen genügen zur Kennzeichnung des Standes Großrumaniens unter der bisherigen jogenannten "liberalen" Regierung der Familie Bratianu. Ob aber der Bersuch Manius gelingen wird, ist bei der Art der heutigen ru-

mänischen Zustände noch eine sehr fragwürdige Sache. In Südslawien ist wohl der Staatsapparat etwas solider und leiftungsfähiger. Dafür aber ift hier die Berspaltung des Staatsvolkes in dem ersten Jahrzehnt des Bestandes des neuen Sudslawenreiches in einer Beise ersten Jahrzehnt des Bestandes des neuen Südslawenreiches in einer Weise sortgeschritten, die sonst nirgends in dem Maße sestzustellen ist. Der serbische Führer Pasitisch hat hier mit seiner der ganzen Entwicklung des Staates und seiner Zusammensehung aus jahrhundertelang getrennten, heute grundverschiesenen Teilen geradezu Hohn sprechenden zentralistischen Politik die Lage unsheilvoll versuhrwerkt. Ob sich Südslawien aus dieser Sackgasse zurücksinden wird, ist noch sehr unsicher. Es wird darauf ankommen, welchen Rat der König bei seinem Pariser Besuch gesunden hat. Sind aber wohl hier die selber so blind zentralistischen Franzosen die richtigen Ratgeber? Und doch wird Südssamen einen Ausweg sinden mitten wenn nicht das ganze Staatswesen Südstawien einen Ausweg finden mussen, wenn nicht das ganze Staatswesen gelähmt werden soll. Auch hier ist zudem der Ausbau der Berwaltung, das Finanzwesen, die Wirtschaft sehr erneuerungs-, ja aufbaubedürftig. Auch hier ist die Minderheitenfrage völlig ungelöst. Auch hier sigen schließlich ringsum außenpolitische Gegner, dabei das sehr aktive Stalien. Die Lage ist also auch bei Subflawien nicht fo, daß man Anlag hatte, Feste zu feiern.

Busammenfassend wird man über die heutige Lage der neu entstandenen Staaten etwa Folgendes sagen konnen: Einige wenige von ihnen, die innerhalb vernünftiger Grenzen aufgerichtet worden sind, die sich vor allem auf ein geschlossenes Bolksgebiet beschränken, haben sich einigermaßen gefestigt. Hieher gehören Finnland und die beiden baltischen Staaten. Auch sie aber haben mit der Minderheitenfrage zu tun. Auch sie stehen unter dem Druck einer innern Berriffenheit und Unficherheit auf der einen Seite, erheblicher außenpolitischer Befahren andererseits. Bei dem Reft der neu oder fast neu entstandenen Staaten zeigen sich diese Erscheinungen in viel stärterem Mage. Un vielen Orten ist die Berwaltung durch und durch korrupt. An vielen Orten kranken Finanzen und Wirtschaft. Durchweg bestehen ringsum starte außenpolitische Spannungen. Durchweg ist das Parteiwesen in schönster Blüte, sodaß es teilweise bereits zum Rückschlag durch die Diktatur gekommen ist. Durchweg steht auch die Minderheitenfrage als ungelöstes, schweres Problem vor diesen Staaten. Durchweg auch ist die hauptaufgabe des Staates die Pflege des Wehrwesens und des rucksichtslosesten Nationalismus.

Man kann also nicht wohl behaupten, daß die ersten zehn Jahre das 1918 geschassene Staatenchaos sehr gestärkt hätten. Wohl haben sich die staatlichen Formen gesestigt. Überall hat sich die mächtige Krast des modernen Staates in einem gewissen Ausmaße bewährt. Wohl hat sich auch die wirtschaftliche und finanzielle Gesamtlage erheblich gebessert. Wir sehen hier die Wirkung der Erholung der gesamten Weltwirtschaft. Diesen Gewinnposten stehen aber in der innern Zersekung in unzählige Varteien in der Spaltung der Staatspässen ber innern Zersetzung in unzählige Parteien, in der Spaltung der Staatsvölker,

in dem fortdauernden scharfen Gegensatz zwischen Minderheiten und Staats= völkern, in der überall vorhandenen starten außenpolitischen Spannung ebenso

viele und meist schwerer wiegende Berluftpoften gegenüber.

Die Ursache für diese Erscheinung liegt in der Entstehungsgeschichte dieser Staaten. Her spielten nicht sachliche Erwägungen bei den entscheidenden Großemächten die Hauptrolle, sondern rein machtpolitische Gedankengänge. Die neu zu staatlicher Gestaltung sich emporringenden Bölker aber waren in ihrem unsgehemmten Nationalismus diesen machtpolitischen Erwägungen ebenfalls nur zu zugänglich. So kamen überall Grenzen zu Stande, die sich mit dem für die Entstehung aller dieser Staaten maßgebenden Grundsatz, dem Nationalitätensprinzip, nie und nimmer decken. Die Folge ist die allgemeine Feindschaft unterseinander und die innere Zersetung durch die widerstrebenden fremden Bestandsteile. Dazu kommt nun noch die in dem überheblichen Nationalismus bespründete schlechte Behandlung dieser fremden Bestandteile und der überall blind und dumm durchgesührte Zentralismus. Es ist geradezu überraschend, wie wenig schöpferisch sich alle diese Völker bei der Einrichtung ihres Staates gezeigt haben.

Unter solchen Umständen kann man auch nicht von sich ausheilenden Kinderkrankheiten dieser Staaten sprechen, sondern nur von schweren Schäden im organischen Ausbau, die nur durch raditale Maßnahmen gebessert werden können.

Marau, den 26. November 1928.

heftor Ummann.

Bücher-Rundschau

Über Finnland.

Johannes Chquift: Finnland. Berlag Aurt Bowindel, Berlin, 1928.

Das vorliegende, 257 Seiten umfassende, mit einer farbigen Karte und sechs Kartenstizzen versehene Buch ist eine wertvolle Um- und Neubearbeitung des im Jahre 1919 vom selben Versasser bearbeiteten kleinen und im Verlag B. G. Teubner erschienenen Büchleins (Nr. 700 der Serie "Aus Natur und Geisteswelt"). Für denjenigen, dem das große, umfassende, von der finnischen Regierung veröffentlichte Werk "Finland, the Country, its People and Institutions" (598 Seiten, mit Taseln, Vildern und Karten, Verlag Helsinfi, Otava Publishing Company) nicht zugänglich ist, bildet das Shquistische Buch einen vollen Ersas.

Im ersten Kapitel werden Land und Bolk behandelt, dieses einzigartige Gebiet, das eine Fläche von 388,279 km² umsaßt, wovon 343,427 km² auf das Land und 44,852 km² oder 11,55 % auf das Wasser entfallen, wo Weiden und Wald und Seen im bunten Wechsel stehen und das ganze Land gleichsam zu einem "seltsam verträumten Garten" machen. Wem es einmal vergönnt war, durch Finnlands Seen und Wälder zu streisen, der sehnt sich wieder nach dieser Urwüchsigkeit und zu diesem willensstarken Volk, das gleich und Schweizern Jahrhunderte lang für seine Freiheit kämpste, in sester Treue zu Heimat und Sitte, aber erst vor einem Jahrzehnt zur völlig unabhängigen Staatsgemeinschaft wurde. Finnland zählte nach der Jählung von 1924 insgesamt 3,495,186 Einwohner. Boltsschulbildung besaßen 95,3 %, Analphabeten waren nur 0,8 % der Bevölkerung. 2,754,228 hatten Finnisch als Muttersprache (eine dem sinnisch ugrischen Sprachstamm angehörige Sprache mit zahlreichen Mundarten, vorab Itz und Westsinnisch), 340,963 Schwedisch (davon rund 33 % in den Städten), 4806 Russisch, 2378 Deutsch und 2728 andere Sprachen. Die heimatsesten Besstredungen haben in den letzten vierzig Jahren eine starke Verschiedung zu Gunsten des Finnischen gebracht, indem der Anteil von 58,3 % im Jahre 1880 auf